

# UNION

## *in Deutschland*

### INFORMATIONSDIENST

der Christlich-Demokratischen und Christlich-Sozialen Union

## Das Ende einer Hetze

„Fall Globke“ wird zu einem Fall Merten

Die Staatsanwaltschaft Bonn hat das Ermittlungsverfahren gegen Staatssekretär Dr. Globke eingestellt. Die Vorwürfe des in Athen wegen Kriegsverbrechen verurteilten Rechtsanwalts Merten, Dr. Globke sei an den Judenverfolgungen in Griechenland mitschuldig, sind, wie die Staatsanwaltschaft mitteilte, vollkommen haltlos. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft besteht dagegen der dringende Verdacht, daß Merten wissentlich falsche Angaben über Dr. Globke gemacht hat, so daß daher gegen Merten ein Verfahren wegen falscher uneidlicher Aussage und falscher Anschuldigung eingeleitet worden ist. Damit ist eine großangelegte und sorgfältig geplante Verleumdungskampagne zusammengebrochen.

Die Schlüsselfigur in diesem durchsichtigen Spiel ist der Berliner Rechtsanwalt Dr. Merten, der während des Krieges als Kriegsverwaltungsrat im Stabe des Befehlshabers Saloniki-Agäis tätig war. Merten war bei einer Reise 1957 in Griechenland verhaftet worden und im März 1959 wegen Kriegsverbrechen in Athen zu 25 Jahren Gefängnis verurteilt worden. Merten wurde u. a. vorgeworfen, er habe sich an der Deportation von 56 000 griechischen Juden in die Vernichtungslager beteiligt. Nach neun Monaten wurde Dr. Merten im Oktober 1959 aus der Haft entlassen und deutschen Gerichten in der Bundesrepublik überstellt. Gegen Merten ist wegen seiner Tätigkeit in Griechenland beim Berliner Landgericht eine Voruntersuchung wegen des Verdachts von Totschlag, Freiheitsberaubung mit Todesfolge, Raub und räuberischer Erpressung anhängig.

### Die Hetze beginnt

Während seiner Haftzeit gelang es Dr. Merten auf bisher noch ungeklärten Kanälen die ersten Beschuldigungen gegen Dr. Globke in die Bundesrepublik zu lancieren. Am 11. Februar 1959 veröffentlichte die der SPD nahestehende „Neue Rhein-Zeitung“ unter der sensationellen Überschrift „Im Fall Dr. Merten spielt auch Globke eine Rolle“ einen Bericht, der Dr. Globke mit der Verfolgung griechischer Juden belastete. Die NRZ schrieb damals, Merten habe sich in Griechenland gegen die Judenaktionen gewehrt und sich um Hilfe an das Reichsinnenministerium gewandt. Der dortige Leiter des „Judenreferats“, Dr. Globke, habe ihm

mitteilen lassen, er solle sich nicht um Dinge kümmern, die ihn nichts angingen. Dieser infame Vorwurf in einer SPD-nahen Zeitung war das langersehnte Startzeichen für den Ostblock eine großangelegte Kampagne gegen Dr. Globke zu eröffnen, die bis heute andauert. „Globke gab den Mordbefehl“ schrieb am 13. 2. 1959 die SED-Zeitung „Neues Deutschland“, die sich ausdrücklich auf die NRZ berief. Auch die der SPD nahestehende Zeitung „Frankfurter Rundschau“ schaltete sich am 26. 2. 1959 unter der Tarnung eines Prozeßberichtes ein und veröffentlichte die Beschuldigung gegen Dr. Globke, ohne daß diese im Merten-Prozeß in Athen überhaupt von ihm vorgebracht worden war.

Als Merten 1959 in die Bundesrepublik abgeschoben wurde und nachdem im Mai 1960 die Verhaftung Eichmanns ein weltweites Echo gefunden hatte, wiederholte Merten nicht nur seine Verleumdungen, sondern er verschärfte sie, indem er nun Eichmann gewissermaßen als Untergebenen Globkes hinstellte. Der Zweck dieses Manövers war offenkundig. Dr. Merten und seine Hintermänner wollten den Staatssekretär Dr. Globke in irgendeine Beziehung zu den ungeheuerlichen Verbrechen des Massenmörders Eichmann bringen. Diese Konstruktion schlachtete die sozialdemokratische Zeitung „Hamburger Echo“ in einer Fortsetzungsserie „Wenn Eichmann auspackt“ weidlich aus. In diesem Bericht, der von dem Sohn des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Walter Menzel geschrieben wurde, behauptete Merten, er habe sich 1943 nach Berlin begeben und von Eichmann die Zustimmung

zur Auswanderung von 10 000 griechischen Juden zu erhalten. Eichmann habe Merten sogar 20 000 Juden freigegeben. Er habe sich aber unsicher gefühlt, sich Rückendeckung verschaffen wollen und in Anwesenheit Mertens mit Dr. Globke ein Telefongespräch geführt. Im Verlaufe dieses Gesprächs habe Dr. Globke dem SS-Gewaltigen diese Transaktion verboten. Fast alle SPD-Zeitungen und selbstverständlich die gesamte Presse des Ostblocks übernahmen diese Vorwürfe. Die Sowjetzone drehte sogar einen eineinhalbstündigen Dokumentarfilm, in dem Merten als Krönzeuge der SED gegen Dr. Globke auftrat. Er stellte den Sowjetpropagandisten eine Tonband-Version seiner Beschuldigungen zur Verfügung.

### Dr. Heinemanns Rolle

Zu der Zeit, in der diese abenteuerliche Konstruktion im „Hamburger Echo“ erschien, wurde Dr. Merten bereits anwaltschaftlich von dem SPD-Abgeordneten Dr. Gustav Heinemann und seinem Sozius, Rechtsanwalt Dr. Kurt Posser, vertreten, der schon häufig Kommunisten beim Bundesgerichtshof, zuweilen auch zusammen mit dem Ostberliner SED-Anwalt Dr. Friedrich Kaul, vertreten hat. Ein Kontakt Mertens zu dem ehemaligen Vorsitzenden der neutralistischen Gesamtdeutschen Volkspartei (GVP), Dr. Heinemann, lag nahe, da Merten bereits einschlägige Nachkriegserfahrungen in neutralistischer Politik hatte. Von 1953 bis 1954 war er Kreisvorsitzender der GVP und Mitglied ihres Landesvorstandes in Bayern.

Halten wir fest, daß am Anfang dieser Kampagne gegen Dr. Globke keine kommunistischen Beschuldigungen standen, sondern die Stichworte von sozialdemokratischer Seite gegeben wurden. Es waren die in die sozialistische Presse lancierten Angaben eines in Griechenland zu 25 Jahren Gefängnis verurteilten Mannes; er wird von dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten, Rechtsanwalt Dr. Heinemann, verteidigt.

Fortsetzung Seite 2

# Das Ende einer Hetze

Fortsetzung von Seite 1

Auf Grund dieser „Enthüllungen“ liefen bei der westdeutschen Justiz auch einige Strafanzeigen gegen Dr. Globke ein, die interessanterweise an den hessischen Generalstaatsanwalt Dr. Fritz Bauer, SPD, gerichtet waren. Auch der Anwalt Dr. Mertens, Rechtsanwalt Dr. Posser, Kompagnon des SPD-Bundestagsabgeordneten Dr. Heinemann, hatte sich schon am 1. 6. 1960, also wenige Tage nach Eichmanns Verhaftung, an Bauer gewandt und mitgeteilt, daß sein Mandant Merten Angaben zum Fall Eichmann machen könne. Diese Angaben stellen sich heute als gezielte Verleumdungen Globkes heraus. Unter ihrem Eindruck eröffnete Dr. Bauer ein Vorermittlungsverfahren, das er später in ein Ermittlungsverfahren umwandelte, obwohl nach der Strafprozeßordnung seine Zuständigkeit für ein solches Verfahren nicht ersichtlich war. Bauer empfing sogar im Januar 1961 sogenannte Staatsanwälte aus der Sowjetzone, die ihm Material überbrachten, das angeblich Globke belasten sollte. Die SED-Funktionäre hatten überdies in Frankfurt Gelegenheit, ihre Lügen über Dr. Globke in einer Pressekonferenz an den Mann zu bringen. Am 15. 2. 1961 wurde endlich das Ermittlungsverfahren gegen Dr. Globke, aus dem die SPD fast ein Jahr lang politisches Kapital zu schlagen versuchte, an die Staatsanwaltschaft Bonn übergeben, die nunmehr die Einstellung des Verfahrens verfügt hat, weil nicht die geringsten Anhaltspunkte dafür vorliegen, daß die Beschuldigungen Dr. Mertens den Tatsachen entsprechen. In der fast 80seitigen Einstellungsverfügung wurden die sich ständig widersprechenden Vorwürfe Dr. Mertens, die er bei den zahlreichen Vernehmungen machte, sorgfältig geprüft und sachverständig und unparteiisch bewertet.

## Dr. Mertens Widersprüche...

Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft konzentrierten sich zunächst auf das angebliche Telefongespräch Eichmann — Dr. Globke, dessen Zeuge Merten gewesen sein wollte. Dr. Merten erklärte hierzu, er sei im März 1943 nach Berlin geflogen, um mit Eichmann über die Auswanderung von 10 000 jüdischen Frauen und Kindern aus Griechenland nach Palästina zu verhandeln. Im Verlaufe dieser Verhandlungen habe auch Eichmann mit Dr. Globke telefoniert. Über dieses Telefongespräch, das nie stattgefunden hat, gab Dr. Merten bei seinen Vernehmungen jedesmal eine andere Darstellung. Bei seinen Aussagen am 28. 12. 1960 erklärte Dr. Merten, Eichmann hätte sich Dr. Globkes Einverständnis oder Zustimmung für die Auswanderung der Juden einholen wollen. Bei der Vernehmung am nächsten Tag nahm Dr. Merten diese Behauptung zurück, von einer Zustimmung oder einem Einverständnis Dr. Globkes war keine Rede mehr. „Ich bin nach 17 Jahren nicht mehr in der Lage, Einzelheiten anzugeben“, entschuldigte sich Dr. Merten. Bei der Vernehmung nach der Mittagspause des 29. 12. wollte Dr. Merten hingegen wieder in der Lage sein, genaue Einzelheiten des Gespräches anzugeben. Bei einer anderen Zeugenaussage vor einigen Jahren hatte Dr. Merten ausgesagt, er könne sich an den Inhalt des Telefon-

gesprächs überhaupt nicht erinnern. Daß die Anschuldigungen Dr. Mertens unsinnig sind, konnte man auch daraus schließen, daß nach seinen Angaben, Eichmann — dessen Schuld an den Judenverfolgungen der ganzen Welt offenkundig ist — ein erklärter Judenfreund war. Denn Eichmann habe der Bitte Dr. Mertens entsprochen und nicht nur 10 000 griechische Juden zur Auswanderung freigegeben, sondern von sich aus die Quote auf 20 000 Juden erhöht.

Als jedoch die SS entgegen Eichmanns Versprechungen mit der Deportation der Juden in Saloniki begann, will sich Dr. Merten hilferufend nach Berlin gewandt haben; allerdings nicht, was nahegelegen hätte, an den mächtigen Eichmann, um ihn an sein Versprechen zu erinnern, sondern an einen einflußlosen Oberregierungsrat im Reichsinnenministerium. Merten will diesen Oberregierungsrat namens Eckelberg beauftragt haben, seinen Chef, Dr. Globke, zu veranlassen, die Deportationen einzustellen. Eckelberg und Globke sollen, wie Merten angab, im Judenreferat des Innenministeriums beschäftigt und deshalb für solche Fragen zuständig gewesen sein. Aber weder Globke noch Eckelberg hatten mit dem Judenreferat irgendwas zu tun gehabt, noch war Globke „Eckelbergs Chef“ gewesen.

## ... und sein Eigenlob

Die Absicht Mertens liegt auf der Hand. Es ging ihm darum zu zeigen, daß Dr. Globke der eigentliche Judenfeind gewesen sein soll und nicht der SS-Führer Eichmann, der überdies bei der geplanten Aktion zugunsten der Juden von Dr. Globke abhängig gewesen sein müsse. Sich selbst zeichnete Merten als edlen Streiter für die Menschenrechte, der inmitten der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als einziger Deutscher den Versuch gewagt habe, sich für Juden einzusetzen.

Allen Behauptungen, Angaben und Belastungen Mertens, auch wenn sie noch so unwahrscheinlich klangen, gingen die Justizbehörden mit beeindruckender Gründlichkeit nach. Sie vernahmen alle Personen, von denen man annehmen mußte, sie könnten irgendwelche Anhaltspunkte für die von Merten geschilderten Vorgänge geben. So wurde auch das Amtsgericht Tel Aviv in Israel ersucht, Eichmann in dieser Angelegenheit als Zeugen zu vernehmen. Zwar lehnte Eichmann es ab, vor einem jüdischen Gericht als Zeuge auszusagen, aber das Antwortschreiben des Verteidigers Servatius genügte, um die Aussagen Dr. Mertens völlig zu erschüttern. Dr. Servatius schrieb am 3. 3. 1961: Mein Klient hat mich ausdrücklich ermächtigt zu erklären, „daß ihm der heutige Staatssekretär Dr. Globke unbekannt sei, und daß er sich nicht erinnern könne, mit ihm jemals gesprochen zu haben. An den von Rechtsanwalt Dr. Merten erwähnten Vorfall betreffend Aktion zur Rettung der Juden aus dem Bereich Saloniki-Ägäis kann sich mein Klient nicht erinnern. Ein solcher Vorgang, wie ihn Dr. Merten schildert, ist nach Ansicht meines Klienten undenkbar; er sagt, wenn er sich mit der Angelegenheit im Sinne von Dr. Merten befaßt hätte, so könne nur eine telefonische

## Die Arbeit des Bundestages

Der Finanzausschuß des Bundestages berät zur Zeit über eine 11. Novelle zum Umsatzsteuergesetz. Diese Novelle ist von der Bundesregierung eingebracht worden; sie sah eine Anhebung der Freibeträge von 8000 auf 10 000 DM für Umsätze bis 120 000 DM jährlich vor. Die CDU/CSU-Fraktion hat jedoch inzwischen eine Erhöhung des Freibetrages auf 12 000 DM beantragt. Auf dieser Grundlage berät zur Zeit der Finanzausschuß.

Daneben soll durch die Novelle den Angehörigen freier Berufe, auch Handelsvertretern und Handelsmaklern, künftig ein Umsatzsteuerfreibetrag von 18 000 DM gewährt werden.

Weitere wichtige Bestimmungen der Novelle sind vor allem:

1) Das Organschaftsprivileg soll eingeschränkt werden. Die Obergesellschaft soll nach der Vorlage 75 % der Anteile bzw. Stimmrechte besitzen, wenn sie in den Genuß des Organschaftsprivilegs gelangen will. Die CDU/CSU-Fraktion tritt für die Festsetzung des Prozentsatzes auf 95 % ein.

2) Der Katalog der von der Großhandelsumsatzsteuer befreiten Lebensmittel soll erweitert werden.

3) Vorgesehen ist auch eine Neuregelung des sog. Mineralölverarbeitungsprivilegs. Die Umsatzbesteuerung für Kraft- und Schmierstoffe sowie für flüssige Heiz- und Leuchtstoffe soll damit neu gefaßt werden. Diese Erzeugnisse sollen nunmehr gleichzeitig einmal, und zwar bei der Lieferung an den privaten und gewerblichen Verbraucher, mit 4 % Umsatzsteuer belastet werden.

4) Um den Verpflichtungen des GATT- und des EWG-Vertrages nachkommen zu können, soll die Ausgleichsteuer für die Einfuhr der in Betracht kommenden landwirtschaftlichen Erzeugnisse soweit ermäßigt werden, daß sie der Belastung gleichartiger inländischer Erzeugnisse durch Umsatzsteuer ungefähr entspricht.

5) Durch Zusatzanträge will die CDU/CSU weiter eine Umsatzsteuerbegünstigung für Bücher und Volkshochschulen erreichen.

Der nächste Bundestag wird zu prüfen haben, ob sich bei der weiteren Entwicklung auf die Dauer eine schrittweise Verbesserung des geltenden Systems der Umsatzsteuer oder ein Systemwechsel durchführen läßt. Die CDU/CSU-Fraktion legte Wert darauf, wenigstens in diesem Bundestag noch einige wesentliche Verbesserungen bei der Umsatzsteuer, die insbesondere dem Mittelstand zugute kommen sollen, durchzuführen.

Rücksprache bei seinem unmittelbaren Vorgesetzten Abteilungsleiter Müller erfolgt sein.“ Als bei früherer Gelegenheit der israelische Untersuchungsrichter Less Eichmann in dieser Sache gefragt hatte, fragte Eichmann verständnislos zurück: „Wer ist Globke?“

Auch die Aussagen des damaligen Schweizer Delegierten des Internationalen Roten Kreuzes in Griechenland, Dr. Burkhardt, verwiesen die Behauptungen Dr.

Fortsetzung Seite 6

# In schiefem Licht

## SPD-Mann Dröscher und seine Zonenreise

Heftige Meinungsverschiedenheiten sind zwischen Bonner SPD-Politikern und dem sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Dröscher über seine Reise in die sowjetisch besetzte Zone entstanden. Dröschers Gespräche gaben der SED Anlaß zur Propaganda.

Das SED-Organ „Neues Deutschland“ veröffentlichte am 28. Mai auf einer Sonderseite den Brief des „Volkskammermitglieds“ und 1. Sekretärs der SED-Bezirkleitung Frankfurt/Oder, Götzl, an Dröscher, in dem u. a. von einem „ausführlichen Gespräch“ berichtet wird. Nach Götzl habe SPD-Abgeordneter Dröscher u. a. erklärt „Die Partei (SPD) müsse sehr klug vorgehen, um die Wahlen zu gewinnen, man dürfe alles nicht so ernst nehmen, die jetzige Politik der SPD beruhe auf wahltaktischen Erwägungen“. Dröscher habe das Gespräch mit den Worten abgeschlossen: „Die ganze Wahltaktik der SPD berge natürlich ein großes Risiko in sich, sie könne ins Auge gehen.“

Nach einem Bericht in der „Welt“ vom 31. Mai hatte Dröscher vor dem SPD-Vorstand, der von ihm Rechenschaft verlangte, zugegeben, daß er in Fürstenwalde a. d. Oder am 10. März mit einem Vertreter der evangelischen Kirche über die Freilassung dreier vom SED-Regime verhafteter Oberschüler gesprochen habe. Wie die Deutsche Presse-Agentur am 2. Juni ergänzend mitteilt, nannten SPD-Politiker Dröschers Verhalten töricht. Er habe sich mit seinem selbständigen und

geheimen Vorgehen selbst in ein schiefes Licht gerückt. Nach Angaben Dröschers hatten an dem Gespräch ohne sein Zutun drei SED-Funktionäre teilgenommen. Dröscher will Verleumdungen gegen die Bundesrepublik und die SPD energisch widersprochen haben. Dröscher ist Mitglied des Verteidigungsausschusses des Bundestages.

Unter der Überschrift „Trojanische Esel“ schrieb die „Fränkische Landeszeitung“ (Ansbach) am 2. Juni über Dröschers Ausflug in die Zone u. a.:

„Man kann die Betrachtung über das ruhmlose Abenteuer des Herrn Dröscher nicht beenden, ohne des SPD-Abgeordneten Dr. Mommer zu gedenken, der seinerzeit das Wort von den ‚Trojanischen Eseln‘ erfand. Mommer apostrophierte damit eine Gruppe von SPD-Journalisten, die vor Jahren auszogen, um den großen Mann im Kreml kennenzulernen, und dabei auf dem spiegelglatten Moskauer Parkett böse zu Fall kamen. Das Wort von den ‚Trojanischen Eseln‘ hat auch heute noch seine Gültigkeit. Der ‚Fall Dröscher‘ scheint in einer längeren Kette das vorläufig letzte Beweisstück zu sein.“

## „Nichts auf's Spiel setzen“

### Appell an die evangelischen Wähler

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde in der Öffentlichkeit die Jahrestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Hamburg verfolgt. Weit über den Kreis der Parteimitglieder hinaus war in diesem Jahr der Rahmen der Debatten gespannt.

Bundesinnenminister Dr. Schröder legte in einer stark beachteten Rede die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Politik der CDU/CSU und der SPD dar. In der kommenden Ausgabe von „Union in Deutschland“ wird diese Rede ausführlich wiedergegeben werden.

Zum Abschluß der Tagung des Evangelischen Arbeitskreises wurde in einer Ent-

schließung an die evangelischen Wähler appelliert. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

„Evangelischer Wähler, an Dir liegt es,

1. daß die CDU/CSU eine wahre Union zwischen evangelischen und katholischen Christen zur Gestaltung des öffentlichen Lebens ist und bleibt;
2. daß die CDU/CSU den in aller Welt anerkannten Neubau Deutschlands mit der dafür notwendigen Bundestagsmehrheit fortsetzen kann;
3. daß wachsender Wohlstand seinen Sinn in einer sittlich-geistigen Existenz des Miteinander und füreinander empfängt und behält;
4. daß erfahrene und bewährte Persönlichkeiten von christlicher Grundhaltung, denen die freie Welt vertraut, auch weiterhin das Steuer führen.

Freiheit und Friede, Sicherheit und Selbstbestimmung für das ganze deutsche Volk bleiben das Ziel.

Setze nicht aufs Spiel, was mit soviel Mühe und Fleiß erreicht worden ist! Darum wähle CDU/CSU! Werde Mitglied der CDU/CSU! Arbeite in der CDU/CSU und im öffentlichen Leben mit! Hier liegt Deine Verantwortung!“

# Auf ein Wort

Liebe Freunde,

aus unserer Veröffentlichung über die Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Staatssekretär Dr. Globke können Sie entnehmen, daß sich die Staatsanwaltschaft ihre Einstellungsverfügung wahrhaftig nicht leicht gemacht hat. In monatelanger Arbeit ist sie den Vorwürfen nachgegangen und dabei auf ein sehr verschlungenes Gewebe der Intrige gestoßen, in dem sich mancherlei wenig saubere Motive gemischt haben. Achtzig Seiten umfaßt die Untersuchung der Staatsanwaltschaft. Wer sie gelesen hat, ist darüber unterrichtet, daß es sich bei dem Ganzen nicht um einen Fall Globke handelt, sondern daß man von einem Fall Merten und Genossen sprechen muß.

Dieser Fall Merten hat in der Tat in der übelsten Atmosphäre des Nationalsozialistischen Regimes begonnen. Er führt über einen Kriegsverbrecherprozeß in Athen, in dem Merten zu 25 Jahren Gefängnis verurteilter Angeklagter war, nunmehr nach einem bösartigen Zwischenspiel, in dem eben dieser Merten willige Ohren für seine Verleumdungen gefunden hat, in ein Verfahren gegen Merten wegen falscher Anschuldigung.

Es würde sich nicht lohnen, von diesem Merten zu sprechen, wäre er nicht durch die großzügige Aufnahme seiner Verleumdungen in gewissen der SPD nahestehenden Zeitungen zunächst einmal zu einem Werkzeug der sozialdemokratischen Opposition gegen Dr. Globke mit dem Fernziel Bundesregierung und anschließend zum willkommenen Werkzeug der kommunistischen Propaganda geworden.

Was dem Fall Merten politisches Interesse verschafft und politisches Gewicht verleiht, ist, daß er zugleich ein Fall SPD-Publizistik ist. Wie hier die Karten gemischt wurden, können Sie an anderer Stelle in dieser Ausgabe lesen. Wie viele Monate hatte Merten Gelegenheit, sein Gift zu verspritzen! Schon ein winziger Bruchteil der Genauigkeit, die von der Staatsanwaltschaft aufgewandt wurde, hätte genügt, um den sozialdemokratischen Publizisten die Haltlosigkeit der von ihnen verbreiteten Anschuldigung klarzumachen. Leider muß man hinzufügen: wenn sie überhaupt den Willen zur Sorgfalt gehabt hätten! Angesichts des immer wieder mit wehleidigem Augenschlag beleuerten Drangs, den Wahlkampf fair geführt zu sehen, kann man Willy Brandt und andere sozialdemokratische Sprecher nur darauf verweisen, welches ideale Betätigungsfeld sie dafür in der eigenen sozialdemokratischen Publizistik vorfinden, ein Betätigungsfeld, das bisher von solchen Regungen der Fairneß und des Anstandes ganz unberührt blieb. Hier hat der solange am Kochen gehaltene „Fall“ Globke, der ein Fall Merten ist, seine grundsätzliche Bedeutung, die eine so ausführliche Behandlung angebracht erscheinen läßt.

Ihr  
Konrad Kraske

### Zur CDU übergetreten

Im Rat der Gemeinde Liesborn (Landkreis Beckum i. W.) trat ein Gemeindevertreter vom Zentrum zur CDU über. Das Zentrum hat im Rat von Liesborn nun keinen Abgeordneten mehr; die CDU verfügt über 13 Mandate.

### Kirn zur DFU gegangen

Der frühere Arbeitsminister und ehemalige Vorsitzende der aufgelösten Sozialdemokratischen Partei Saar, Richard Kirn, ist zur Deutschen Friedensunion übergetreten. Den Vorsitz dieser Partei hat Frau Riemack inne, die unseren Lesern seit langem in ihrer neutralistischen und Pankow-freundlichen Haltung bekannt ist.

# Die Diskussion in Köln

## CDU-Parteitag zur Agrarpolitik und zu den Aufgaben der Frau

In Fortführung der bisher veröffentlichten Diskussionsbeiträge vom Bundesparteitag der CDU in Köln folgen heute Äußerungen, die im Anschluß an das Referat von Bundesernährungsminister Schwarz und nach der Rede von Frau Brauksiepe MdB gemacht wurden.

Bundesernährungsminister Schwarz hatte zum Thema „Der Bauer in Staat und Gesellschaft“ gesprochen. Aus den Diskussionsbeiträgen zu seinem Referat folgen nachstehend Auszüge. Die Aussprache begann mit einem Beitrag von Frau Dr. Panhoff, MdB; sie sagte u. a.:

Unter dem Titel ‚Sondermaßnahmen für die bäuerlichen Familienbetriebe‘ steht erstmalig im Etatjahr 1961 eine Position von 30 Millionen DM für die bäuerliche Hauswirtschaft. Sie müssen wissen, daß unter den landwirtschaftlichen Betrieben etwa 90 % — das sind 800 000 Betriebe — sogenannte bäuerliche Familienwirtschaften sind. Zu den Maßnahmen der Bundesregierung, die eine Verbesserung der Agrarstruktur darstellen und die als indirekte Maßnahme für die Arbeitserleichterung der Bäuerin zu bezeichnen sind, hat man damit erstmalig im Etat 1961 Sondermaßnahmen ergriffen, die nur der Bäuerin selbst an ihrem eigentlichen Arbeitsplatz zuteil werden sollen.“

### Der Bauer sollte wissen . . .

Bundestagsabgeordneter Engelbrecht-Greve wies auf die Anforderungen hin, die der deutschen Landwirtschaft in einem europäischen Markt gestellt werden und die von den Abgeordneten der CDU/CSU im Europa-Parlament bei ihren Beschlüssen berücksichtigt werden; u. a. erklärte der Abgeordnete:

„Die Wichtigkeit von Strukturmaßnahmen, unser Leitbild des bäuerlichen Familienbetriebes und die Notwendigkeit einer Marktordnung und der Harmonisierung der Wettbewerbsbedingungen haben ihren Platz in den Vorschlägen für eine gemeinsame Agrarpolitik und das nicht zuletzt durch das Mitwirken der CDU/CSU-Abgeordneten. Nach harten Auseinandersetzungen hat sich das Europäische Parlament mit Mehrheit — und ich möchte ausdrücklich betonen: gegen die Sozialisten und bei Enthaltung der deutschen beziehungsweise nicht mit Stimmen der deutschen FDP — für ein Getreidepreinsniveau eingesetzt, das wir so formuliert haben: es soll sich nach dem Preisniveau des Landes ausrichten, das die meisten Agrareinfuhren hat. Ich möchte noch einmal betonen, daß alle CDU/CSU-Freunde, die im Europäischen Parlament sind, dafür gestimmt haben. Ich meine, das soll auch unser deutscher Bauer einmal wissen.“

### Bollwerk gegen den Kommunismus

Diskussionsredner Westermacher hob vor allem die politische Bedeutung der Erhaltung eines freien, in seiner Existenz gesicherten Bauerntums hervor, als er u. a. sagte:

„Ich glaube nicht, daß es allein aus agrarpolitischer Sicht, sondern auch aus volkspolitischer Sicht notwendig ist, unsere bäuerlichen Familienbetriebe zu erhalten, damit nicht eine Entvölkerung des Landes und eine Zusammenballung in den

Ballungsräumen der Industriezentren entsteht. Wir wollen und müssen vielmehr einen freien Bauern auf einer freien Scholle erhalten getreu unserem Grundsatz: ‚Eigentum in aller Hand‘, weil nach meiner Meinung, diese bäuerlichen Familienbetriebe in letzter Konsequenz einen entscheidenden Faktor in der geistigen Auseinandersetzung der freien Welt mit dem Kommunismus darstellen.“

### Wir bejahen Europa

Frau Bertram sprach im nächsten Diskussionsbeitrag ebenfalls über den bäuerlichen Familienbetrieb. Sie sagte u. a.:

„Er ist für uns auch heute noch eine fortschrittliche Lebens- und Betriebsform, in der persönliche Selbständigkeit und Eigenverantwortlichkeit gewährleistet sind, der eine ausreichende Existenz sichert und eine gute Ausbildung auch der nicht auf dem Lande verbleibenden Kinder gewährleistet. Das ist für uns auch keine romantische Vorstellung, sondern eine Realität im Gegensatz zu der Arbeit der Bauern und Bäuerinnen in der LPG.“

Lassen Sie mich weiter ein kurzes Wort zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft sagen: Wir wissen, daß es über unsere eigenen Sorgen, über die Frage nach Lohn und Preis für unsere Arbeit hinaus eine politische Notwendigkeit gibt, und wir bejahen Europa. Aber wir möchten auch dieser Realität gewachsen und für den ‚frischen Wind‘ der EWG gerüstet sein. Wir wissen, daß wir dabei viel aufzuholen und zu lernen haben, und wir sind dankbar für alle Hilfen durch Ausbildung und Beratung und die Unterstützung unserer Landfrauenarbeit.“

### Träger der Demokratie

Ebenfalls die Frage nach der Schulung des bäuerlichen Nachwuchses stand im Mittelpunkt des nächsten Beitrages. Diskussionsredner Meyer, Rheinland-Pfalz, sagte dazu u. a.:

„Wir werden für die Zukunft gerade den Fragen der Ausbildung unserer zukünftigen Betriebsleiter in den landwirtschaftlichen Betrieben besondere Aufmerksamkeit widmen müssen. Wir werden darüber hinaus unsere besondere Aufmerksamkeit auch dem Beratungswesen widmen müssen, wobei ich selbst der Ansicht bin, daß unser landwirtschaftliches Beratungswesen so, wie ich es von meinem Lande her kenne, dringend einer Koordinierung bedarf. Das, glaube ich, sind Probleme, die wir für die Zukunft sehen sollten und die mit die Grundlage dafür bilden, daß bäuerliche Familienbetriebe auch in der Zukunft bestehen können und daß wir die Strukturprobleme in der Zukunft lösen können. So geschaffene bäuerliche Familienbetriebe und so geschulte Betriebsleiter in landwirtschaftlichen Betrieben werden auch für die Zukunft mit ein tragendes Element unserer demokratischen Staatsordnung sein.“

### Haushalt und Familie

Frau Fera eröffnete die Reihe der Diskussionsbeiträge zur Rede von Frau Brauksiepe; sie sprach von dem Strukturwandel im Leben der Familie, verursacht durch die weitgehende Technisierung. Allein der bäuerliche Haushalt sei davon auszunehmen. So verband sich die Diskussion zum Referat von Minister Schwarz mit der zum Referat von Frau Brauksiepe, die über „Die Frau in Familie und Volkswirtschaft“ gesprochen hatte. Frau Fera sagte nun u. a.:

„Mir geht es heute an dieser Stelle darum, deutlich zu machen, wie dringend eine Aufwertung des Ansehens der Hauswirtschaft und des Familienhaushaltes gefordert werden muß; denn ohne eine geordnete Hauswirtschaft und ohne eine gesunde und zufriedene Familie wird auf die Dauer auch die Wirtschaftspolitik unseres Wirtschaftsministers empfindlich gefährdet sein. Ebensowenig wie die Bedeutung der Familie umstritten ist, kann geleugnet werden, daß Haushalt und Familie unserer Zeit schweren materiellen, aber noch mehr geistig-sittlichen Krisen ausgesetzt sind und daß sie der Hilfe und Förderung bedürfen. Hierfür ist in der zwölfjährigen Regierungszeit der CDU sehr viel geschehen. Diese einzelnen Maßnahmen allein genügen aber nach meiner Auffassung nicht, solange mit ihnen nicht eine ideelle Gesamtaufwertung der Begriffe Haushalt und Familie erreicht wird.“

Diese Hilfe muß weit über die rein äußerlichen Maßnahmen, auch über die pragmatische Unterweisung am Kochtopf und beim Einkauf hinausgehen und alle Familienfragen wie Mütter- und Eheberatung, Erziehungsfragen usw. umfassen.“

### Neue Anforderungen

Über die Anforderungen, die heute von der Gesellschaft an die Frauen gestellt sind, sprach anschließend Frau Paffrath. Aus ihrem Beitrag hier ein Auszug:

„Auch heute sind die Familie, der Haushalt, die Pflege und Erziehung der Kinder in erster Linie Sache der Frauen. Die Frauen haben sozusagen ihren natürlichen Beruf in der Familie und in der Gesellschaft. Die Gesellschaft verlangt heute jedoch mehr. Sie braucht den Beitrag der Frauen sowohl im Produktionsprozeß als auch bei der Gestaltung des öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens.“

In der hier ein wenig schematisch formulierten Gegenüberstellung dieser beiden Anforderungen wird deutlich, daß es uns noch nicht gelungen ist, in unserer industrialisierten technisierten Gesellschaft Lebensformen zu entwickeln, die eine sozusagen integrierte Rolle der Frau in ihr als normal und selbstverständlich erkennen lassen. Es ergibt sich die berechtigte Forderung, daß sich die Wirtschaft den in ihr tätigen Menschen — in diesem besonderen Falle den Frauen — anzupassen hat, zum Beispiel durch die Gestaltung des Arbeitsplatzes, durch Rücksichtnahme auf bestimmte Begabungen und Neigungen, durch Freizeitbeschäftigung, durch Beachtung der personalen Andersartigkeit der Frau.“

### Gegen unwahrhaftige Hetze

Mit den Anfeindungen der Opposition im Bundestag gegen die Novelle zum

Fortsetzung Seite 5

# Die Diskussion in Köln

Fortsetzung von Seite 4

Reichsjugendwohlfahrtsgesetz beschäftigte sich im Anschluß Dr. Franz-Josef Wuermeling, Bundesminister für Familien- und Jugendfragen; er sagte u. a.:

„Sie werden häufig in der Presse Polemiken von SPD- und FDP-Seite gegen diese Novelle gelesen haben, die es erforderlich machen, hierzu etwas zu sagen.

Die Erfahrungen, die wir hier seit Jahren mit den von der SPD beherrschten Rathäusern machen mußten, erfordern verbindlich klare, gesetzliche Schutzvorschriften, durch die das Wirken der Jugendhilfe im bürgerlichen Freiheitsraum gegen behördliche Überrollung geschützt wird. Wir machen in der CDU keine katholische Politik, wir machen in der CDU keine evangelische Politik, sondern wir machen eine Politik, auf den Gott sei Dank sehr breiten Fundamenten, die den Christen beider Konfessionen zur Gestaltung einer auf der Würde und Freiheit des Menschen beruhenden Ordnung in Staat und Gesellschaft geschenkt sind. Darüber hinaus machen wir als Demokraten, als echte Demokraten, eine Politik absoluter Toleranz und Gleichberechtigung für diejenigen, die anderer Auffassung sind als wir. SPD und FDP wollen solche Schutzvorschriften nicht, weil sie den kommunalen Vertretungen schrankenlose Expansion der behördlichen Tätigkeit auf Kosten der freien Jugendhilfe, insbesondere der kirchlichen Jugendarbeit beider Konfessionen, ermöglichen wollen.

Formulierung und Ziel der neuen Vorschriften stehen in voller Übereinstimmung mit den Absichten, die das alte

## KURZ - ABER WICHTIG

„Arbeitskreis zur Pflege der deutschen Kultur und Sprache“ nennt sich ein in Ostberlin neugegründeter Verein. Sein Zweck besteht in der Werbung unter den Deutschen im Ausland, „in den ersten Arbeiter- und Bauernstaat auf deutschem Boden“ heimzukehren.

Mehr als 3,5 Milliarden DM hat die gewerbliche Wirtschaft von 1958 bis 1960 für Forschungs- und Entwicklungszwecke ausgegeben. Fast 3,2 Milliarden DM entfallen auf betriebseigene Forschung und Entwicklung.

Verzehnfacht hat sich in den letzten zehn Jahren die Zahl der deutschen Besucher in Amerika. Im vergangenen Jahr erreichte die Besucherzahl mehr als 100 000 Menschen. Seit 1820 sind 6,75 Millionen Deutsche in die USA eingewandert.

Auskunft über die kommunistische Unterwanderung der bundeseigenen Bergwerksgesellschaft Hibernia AG fordern CDU-Bundestagsabgeordnete in einer Anfrage an die Bundesregierung. Vorwürfe werden u. a. vor allem gegen einen ehemaligen KP-Stadtrat und heutigen Betriebsratsvorsitzenden erhoben.

Auf 1,7 Milliarden DM will die Bundesrepublik ihren Beitrag zum indischen Fünfjahresplan erhöhen. Außerdem sollen die Anleihebedingungen verbessert werden. Das ist das Ergebnis von Verhandlungen der Weltbank.

Jugendwohlfahrtsgesetz von 1922 ausweischend des eindeutigen Wortlauts seiner Begründung verfolgte. Der damalige, übrigens der Demokratischen Partei angehörige Reichsinnenminister, führte in der Begründung des damaligen Gesetzentwurfs wörtlich aus: ‚Das Jugendamt hat dafür zu sorgen‘, so heißt es in der alten Begründung, ‚daß auf den einzelnen Gebieten der Jugendhilfe die erforderlichen Einrichtungen und Veranstaltungen getroffen werden, indem es (also das Jugendamt) Nichtvorhandenes durch seine Anregungen ins Leben zu rufen sucht, Vorhandenes fördert, und zwar tunlichst auch durch Unterstützung mit Geldmitteln, und erst angesichts der Unmöglichkeit, daß ohne sein eigenes Eingreifen das Erforderliche ins Leben gerufen wird, selbst die nötigen Einrichtungen und Veranstaltungen schafft.‘

So der damalige demokratische Reichsinnenminister. Genau das und nichts anderes haben wir jetzt als Gesetzestext klar formuliert, und unseren Gegnern ist es nicht gelungen, auch nur einen einzigen Gegenbeweis dafür zu erbringen, daß dies nicht die Absicht des damaligen Gesetzgebers gewesen wäre.

Die unwahrhaftige Hetze gegen unseren Gesetzentwurf, wie sie in den letzten Tagen in der Presse zutage getreten ist, hat ja bei den Liberalen wie Sozialisten tiefere Gründe, die zunächst getarnt wurden, aber jetzt unter dem verlogenen Schlagwort ‚Konfessionalisierung‘ offen zugegeben werden. Man will nicht gehindert sein, einer religiös fundamentierten Jugendbetreuung systematisch den Boden abzugraben, indem die Einrichtungen der Jugendhilfe immer mehr in den weltanschaulich neutralen und damit indifferenten behördlichen Raum verlagert wird.

Wir widersetzen uns dem dort nicht, wo die Eltern solche Erziehung wünschen, da wir im Gegensatz zu unseren Gegnern das Elternrecht auch dann respektieren, wenn seine Auslegung nicht in unserer Linie liegt. Der Gesetzentwurf sichert der weltanschaulich liberalen und sozialistischen Gruppe genau den gleichen freien Raum wie den kirchlichen Gruppen. Er ist also nicht nur absolut tolerant, sondern gibt gleiches Recht nach allen Seiten.“

### Den Frauen eine Chance

Auf das Vertrauen, das die CDU in den Reihen der Frauen genießt, wies Frau Oberregierungsrätin Dr. Vogt anschließend hin; sie betonte u. a.:

„Bei der letzten Bundestagswahl haben 60 % der Frauen, ja in manchen Großstädten sogar 70 % die CDU gewählt. Diese Bejahung der Politik der Bundesregierung verpflichtet einerseits zur stetigen Fortsetzung unserer Politik, erlaubt uns aber andererseits nicht zu übersehen, daß wir der Mitwirkung der Frau an der politischen Willensbildung stärkere Aufmerksamkeit schenken müssen. Erlauben Sie mir bitte drei kurze Hinweise: Zunächst möchte ich mich an die Frauen selbst wenden mit der Bitte, in ihren Verbänden, Vereinen, im vorparlamentarischen Raum und vor allem in unseren Frauenvereinigungen die Auseinandersetzung mit allen politischen Themen frühzeitiger und rechtzeitiger in Angriff zu

nehmen. Den Parteigremien ständen dann weit mehr tüchtige Frauen aus allen Lebensbereichen für die Entsendung in den Bundestag, in die Landtage, in die Gemeinden, in die öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Beiräte aller Art zur Verfügung.

Sodann sollte die CDU sich stärker als bisher um das Schicksal des großen Heeres der berufstätigen und dort vor allen Dingen der alleinstehenden Frauen kümmern. Nicht nur die Hausfrau, sondern auch die Berufstätige — was gar nicht so gewiß ist —, sollte sich in der CDU geborgen fühlen. Schließlich möchte ich Ihre Aufmerksamkeit auf den Anteil der Frauen im öffentlichen Dienst bei den Bundesverwaltungen lenken. Ich möchte an alle leitenden Herren in den Verwaltungen appellieren, noch stärker als bisher den Frauen im höheren Dienst eine Chance zu geben.“

### Aufgaben für die CDU

Für die berufstätige Frau im besonderen brach Frau Dr. Wilms in ihrem Diskussionsbeitrag eine Lanze. Sie appellierte an die CDU, noch mehr als bisher darum besorgt zu sein, daß diese Frauen sich in ihr heimisch fühlen können; u. a. sagte Frau Dr. Wilms zur neuen Stellung der Frau im Berufsleben:

„Die gewerbliche Wirtschaft wird im Zuge der technischen Entwicklung und der Arbeitskräfteverknappung künftig immer mehr auf die qualifizierte weibliche Arbeitskraft zurückgreifen müssen. Die Lösung dieser Probleme scheint auf den ersten Blick die Aufgabe der Betriebe, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften zu sein. Hier harren aber auch noch der CDU vielfältige Aufgaben. Sie sollte sich in ihren dafür zuständigen Gremien mehr als bisher der angesprochenen Fragen annehmen, damit die Frauen in den Betrieben wissen, daß auch in unserer Partei ihre Sorgen und wohlverstandenen Forderungen erkannt werden.“

### Anleihe bei der CDU

Mit der Anleihe, die die SPD anlässlich der Propagierung eines eigenen „Familienprogramms“ bei den Erfolgen der CDU aufgenommen habe, beschäftigte sich am Ende der Diskussion Frau Bundestagsabgeordnete Pütz u. a. in folgenden Worten:

„Dieser Tage überraschte mich die SPD mit einem eigenen familienpolitischen Programm. Ich bekam ein umfangreiches Skriptum. Ich habe mich darin vertieft, und ich stieß dabei zunächst auf lauter bekannte Begriffe. Erst dann habe ich mir den Absender genau angesehen. Das waren eben nicht wir, es war nicht ein Rechenschaftsbericht der CDU, es war nicht eine Deutung der Familienpolitik der CDU, sondern es war ein Plan für die Zukunft, den die SPD entwirft. Wenn ich eben von Rechenschaft gesprochen habe, so können wir, glaube ich, sagen, es ist der beste Beweis für die Richtigkeit unserer Politik, daß eine Partei, die uns zwölf Jahre eisern in dieser Politik entgegengestanden hat, nun auf den Boden unserer Familienpolitik tritt. Ich glaube aber der SPD solange diese Familienpolitik nicht, diesen Vorschlag und dieses Projekt, solange sie einem Gesetz wie dem eben von Herrn Minister Wuermeling erläuterten Jugendhilfegesetz entgegensteht und da wiederum die Prinzipien bekämpft, die sie in ihrem Plan auf den Schild hebt.“

# Das Ende einer Hetze

Fortsetzung von Seite 2

Mertens in das Reich der Fabel. Dr. Burkhardt erklärte, er habe erstmals bei dieser Vernehmung erfahren, daß Dr. Merten die Freigabe von 20 000 jüdischen Frauen und Kindern erwirkt haben wolle. Dr. Burkhardt glaubt, daß er mit Sicherheit von solchen Plänen, falls sie bestanden, erfahren hätte. Er könne sich auch nicht daran erinnern, daß Dr. Merten in der angegebenen Zeit im März 1943 verreist war. Die Abwesenheit Mertens von Saloniki hätte er unbedingt wissen müssen, da er laufend mit Merten zu tun gehabt habe.

Der von Merten belastete Oberregierungsrat Eckelberg konnte an Hand eines Geschäftsverteilungsplanes nachweisen, daß weder er noch Dr. Globke zu irgendeiner Zeit im Judenreferat des Reichsinnenministeriums beschäftigt gewesen waren. Mit Merten über Judendeportationen gesprochen zu haben, wies Eckelberg entschieden zurück.

## Mertens Wahrheitsliebe

Bei dieser Sachlage, da alle Zeugenaussagen und Tatsachen gegen die Behauptungen Mertens sprachen, stellte jedoch die Staatsanwaltschaft ihr Ermittlungsverfahren keineswegs ein. Sie prüfte weiter eingehend, ob die anderen Angaben Dr. Mertens, die er im Verlaufe der Vernehmungen machte, der Wahrheit entsprachen. Das Ergebnis war eindeutig, fast alle Angaben, die Dr. Merten im Laufe seiner Vernehmungen machte, waren un- wahr oder grob entstellt, so daß die Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis kommen mußte, daß Dr. Merten es mit der Wahrheit nicht genau nimmt. Unter anderem hatte Dr. Merten sich seiner Verdienste um die Juden gerühmt und dabei lang und breit mitgeteilt, wie er mehreren hundert spanischen Juden die Ausreise in ihre Heimat ermöglicht und griechische Juden von der Zwangsarbeit befreit habe. Als die Staatsanwaltschaft dieser Erzählung nachging, stellte sich jedoch heraus, daß die Ausreise spanischer Juden zwischen der Reichsregierung und der spanischen Regierung ausgehandelt worden war und daß die griechischen Juden nicht durch ihren angeblichen Gönner Dr. Merten von der Zwangsarbeit befreit wurden, sondern sich unter großen Opfern freikaufen mußten.

Dr. Merten hatte aber nicht nur in diesem Ermittlungsverfahren „Angaben gemacht, die als widerlegt angesehen werden müssen“, so erklärte die Staatsanwaltschaft zu den bisher aufgezeigten Widersprüchen, „sondern auch sonst im Verkehr mit deutschen Behörden falsche Behauptungen aufgestellt. Hierdurch wird die generelle Glaubwürdigkeit berührt und das Verhältnis des Zeugen zur Wahrheit beleuchtet.“ So hat sich 1956 Dr. Merten an die Bundesregierung mit einem Gesuch gewandt, in dem er sich um den Posten eines Generalkonsuls bewarb. Darin behauptete Dr. Merten, seine Examina „mit Auszeichnung“ bestanden zu haben, was nicht der Wahrheit entspricht. Weiterhin hatte er angegeben, niemals Parteigenosse gewesen zu sein. Eine Nachfrage beim Document Center ergab, daß Dr. Merten 1937 der NSDAP beigetreten war.

Als man ihm das vorhielt und seine Parteimitgliedsnummer nannte, beharrte Dr. Merten bei seiner Behauptung. Als belastend bewertete die Staatsanwaltschaft auch die Tatsache, daß Dr. Merten bei seinem Entnazifizierungsverfahren, als es ihm sehr darauf ankam, sich ins günstige Licht zu stellen, kein Wort von seinen Plänen zur Rettung der Juden sagte.

## Vorwürfe haltlos

Angesichts ihrer genauen Untersuchungen und der Unglaubwürdigkeit Dr. Mertens, kam die Staatsanwaltschaft zu dem Ergebnis:

1. Dr. Mertens Behauptung, er habe von Eichmann die Freigabe griechischer Juden zu erreichen versucht, entspricht

# Die Figuren im Spiel

## Pressestimmen zum Fall Merten

Auch in der Presse des In- und Auslandes wurden die „Enthüllungen“ Mertens und ihr schmähhliches Zusammenschrupfen kommentiert.

Unmißverständlich wird in den Kommentaren darauf hingewiesen, daß es sich hier um ein politisches Ränkespiel handelt.

„Merten hat sich nach dem Kriege um die Zulassung als Anwalt in Westberlin beworben. Bürge und Befürworter der Bewerbung war der heutige sowjetzonaler Starverteidiger Kaul. Interessant ist ferner, daß Merten 1953/54 Kreisvorsitzender der Heinemannschen neutralistischen GVP und Mitglied des Landesverbandes dieser Partei in Bayern war. Kaum nach Deutschland zurückgekehrt, wurden dann seine Beschuldigungen gegen Globke bekannt. Wahrscheinlich haben politische Gegner der Bundesregierung in der Bundesrepublik und in der Sowjetzone bestimmenden Einfluß auf Merten genommen, um ihn zu den Aussagen zu bewegen, die nach den Feststellungen der Bonner Staatsanwaltschaft nicht nur nicht beweisbar, sondern nachweisbar falsch sind . . .

Am 8. Oktober 1960 ließ sie (die Zeitung ‚Akropolis‘, d. Red.) sich von ihrem nach Deutschland entsandten Sonderberichterstatter melden, daß Merten, in der gegen die deutsche und griechische Regierung gerichteten Verleumdungskampagne, bei der — offen oder hinter den Kulissen — die nachstehend aufgeführten Personenkreise beteiligt waren, nur eine Schachfigur sei:

1. bestimmte Kreise der sozialdemokratischen Opposition, die aus persönlichen oder parteipolitischen Gründen Herrn Globke angreifen,

2. bestimmte Abgeordnete des der Neutralität und dem Mitläufertum zuneigenden Flügels der Opposition, die die Herren Globke und von Brentano als die stärksten Verfechter der Wiederbewaffnung Deutschlands und der harten Linie gegenüber den Pankower Marionetten betrachten,

3. der internationale Kommunismus, der für diesen Fall einige seiner organisierten Agenten oder Persönlichkeiten mobilisierte, die er indirekt beeinflusste, um an-

nicht der Wahrheit. Seine Aussage, er sei im März 1943 in Berlin gewesen, ist durch die Aussage Dr. Burkhardts widerlegt worden.

2. Die Behauptung Mertens, Eichmann habe mit Dr. Globke über die Freigabe der Juden gesprochen, muß deshalb als völlig aus der Luft gegriffen angesehen werden.

3. Weiterhin ist Dr. Globke, wie man nachgeprüft hat, niemals im Judenreferat beschäftigt gewesen. Er hat auch nicht die geringsten Möglichkeiten gehabt, die Ergebnisse in den besetzten Gebieten zu beeinflussen.

So mußte die Staatsanwaltschaft am Schluß ihrer fast 80seitigen Untersuchung zu dem Ergebnis kommen, daß die Vorwürfe Mertens gegen Dr. Globke haltlos sind und daß das Ermittlungsverfahren in diesen Fragen gegen Dr. Globke einzustellen ist.

gesehene Mitglieder der Bonner und Athener Regierung ins Wanken zu bringen.

Als Figuren in diesem Spiel nannte die ‚Akropolis‘ neben Merten u. a. Hans Henrich, den Chefredakteur des ‚Hamburger Echo‘, den 24jährigen Klaus Menzel und dessen Vater, den SPD-Abgeordneten Walter Menzel, den Kommunistenverteidiger Kurt Posser, dessen Freund Erich Wichmann, Vorsitzenden des linksgerichteten ‚Fränkischen Kreises‘ sowie Victor Agartz und Gustav Heinemann. Die Zeitung bedauerte, daß sich ein Mitbegründer der ‚Bekennenden Kirche‘, wie Heinemann nicht scheue, einem ehemaligen Kriegsverbrecher von derartigen Graden anwaltschaftlich zu verteidigen und ihn zudem noch als Werkzeug gegen die Bundesregierung zu benutzen.“

„Kölnische Rundschau“ 3. 6. 61

„An der abenteuerlichen und in sich vielfach widersprüchlichen Geschichte Mertens, so hat sich in der gerichtlichen Ermittlung jetzt herausgestellt, ist kaum ein wahres Wort; die Staatsanwaltschaft hält es für erwiesen, daß Globke nie in Kontakt mit Eichmann gestanden und mit der fraglichen Aktion nichts zu tun gehabt habe, ja, daß Merten seinen eigenen edelmütigen Part in der Geschichte der Juden von Saloniki weitgehend frei erfunden habe. Um die Glaubwürdigkeit dieses ohnehin schwer belasteten Zeugen ist es, nach dem ausführlichen Einstellungsbescheid der Bonner Staatsanwalt zu schließen, ziemlich schlecht bestellt; er muß sich jetzt wegen falscher Anschuldigung und falscher Aussage selber vor Gericht verantworten. Der Verdacht wird geäußert, daß es sich bei den Vorwürfen Mertens, die trotz der merkwürdigen Vergangenheit dieses Mannes von einem Teil der deutschen Presse unbesehen kolportiert worden waren, in erster Linie um eine politisch inspirierte Machination handelte.“

„Neue Zürcher Zeitung“ 2. 6. 61

# VERTRIEBENE und FLÜCHTLINGE

## Kein Bedarf mehr

Die Ost-Umsiedlerschule der Bundesrepublik in Ahlen bei Hannover ist nach 4<sup>1/2</sup>jährigem Betrieb geschlossen worden, weil nicht genügend Schüler mehr vorhanden sind. Die letzte Klasse mit 21 Schülern und Schülerinnen zwischen 15 und 24 Jahren hat im zweijährigen Förderunterricht das deutsche Volksschulpensum nachgeholt. Es handelte sich um Schüler und Schülerinnen, die bei Beginn des Lehrgangs deutsch teils überhaupt nicht, teils nur gebrochen sprachen, dagegen polnisch oder russisch. 20 Schüler gehen ins Berufsleben und 25 Jugendliche werden in einer Förderklasse in Celle weiter ausgebildet. Insgesamt sind im Ahlener Turm, der wegen seiner guten Erfolge „Nürnberger Trichter“ genannt wurde, 400 meist alleinstehende Jugendliche aus dem Osten nachgeschult worden. Die Finanzierung war durch das Land Niedersachsen erfolgt; mit Unterstützung des Bundes und der Wohlfahrtsverbände wurden in Niedersachsen 10 Förderschulen errichtet, von denen noch 2 bestehen.

## „Verschleudert“

Als „beherrschenden Eindruck“ einer Reise durch Polen schilderte die exil-polnische Journalistin Wanda Brzosa der Pariser polnischen Zeitung „Kultura“ den Sinn des Wortes „verschleudert“. Man höre es beständig in immer neuen Abwandlungen. Wie „vergeudete Anstrengungen“, „verpaßte Gelegenheit“, „verschwendetes Gut“, „verschleuderte Ausföhrung“. Sie faßt ihre Eindrücke zusammen: „Es wird alles vergeudet, so kann man das Leben in Polen sehr einfach charakterisieren“.

# Bild der eigenen Schande

## Zone versendet Fragebogen über „Republikflucht“

Die staatlichen Organe der Sowjetzone haben neue Anweisungen erlassen, die angesichts der als bedrohlich empfundenen sogenannten Republikflucht ein genaues Bild der Flüchtlingsstruktur geben sollen. Diese Anweisungen gingen auch an Betriebe und Institutionen.

Außer den Personalien des „Republikflüchtigen“, der Schul- und Berufsausbildung und der zuletzt ausgeübten Tätigkeit (Dienststellung) werden genaue Angaben über die Mitgliedschaft des „Republikflüchtigen“ in gesellschaftlichen Organisationen verlangt, ferner, ob früher bei der Volkspolizei oder der „Volksarmee“ gewesen, wie lange und mit welchem Dienstgrad ausgeschieden. Die Serie der Fragen erstreckt sich auf „Zugehörigkeit zur faschistischen Wehrmacht“, Gefangenschaft und in welchem Land. Es wird weiter gefragt, ob der „Republikflüchtige“ an „Kämpfen der Arbeiterklasse“ teilgenommen hat, z. B. am „Spanischen Freiheitskampf“. Schließlich müssen Angaben darüber gemacht werden, „wer die Republikflucht bemerkt hat“, welches die „vermutlichen Gründe für die Republikflucht gewesen sind“ und ob „gegebenenfalls Familienmitglieder mit republikflüchtig geworden sind“.

Der Empfang des als „streng vertraulich“ gekennzeichneten Rundschreibens, das in Ostberlin das Datum vom 4. Mai trägt, mußte durch Unterschrift bestätigt werden.

# Der taktische „Irrtum“

## Unberechtigte Vorwürfe zur Lastenausgleichsplanung

Im Jahr des Bundestagswahlkampfes hat sich die zur Bundesregierung in Opposition stehende FDP ein Novum geleistet: Sie griff die Regierung an, weil sie die Lastenausgleichsregelung bewußt verzögert habe — und das obwohl berechtigte Wünsche in größerem Umfang als erwartet erfüllt wurden.

Der FDP-Bundestagsabgeordnete Dr. Rutschke warf in einer Zeitung seiner Partei dem Vertriebenen-Ministerium vor, daß Leistungen des Lastenausgleichs den Geschädigten bisher vorenthalten seien, um nun als „Wahlspeck“ verwendet zu werden. Zum mindesten seit der Plenarsitzung des Bundestages vom 4. Mai hätte Dr. Rutschke wissen müssen, sollte er sich nicht schon vorher eingehend mit der Materie befaßt haben, daß dieser Vorwurf völlig unberechtigt ist. Bundesvertriebenenminister Dr. von Merkatz hatte am 4. Mai seine Mitarbeiter folgendermaßen in Schutz genommen:

„In der Tat, die Bürokratie hat mit zunehmendem Fortschreiten der Bearbeitung der heute zu 70 % überprüften Feststellungsanträge und nach der Auswertung der Vermögensteuerveranlagungen neue Erkenntnisse gewonnen. Sie hat, wie ich unumwunden zugebe, zu vorsichtig geschätzt. Es ist aber schließlich nicht Sache der auf einmal so geschmähten Bürokratie, der bei der Verabschiedung der 13. Novelle noch von allen Seiten des Hohen Hauses Anerkennung ausgesprochen worden ist, Risiken einzugehen, — Risiken deshalb, weil jeder Schätzung zukünftiger Einnahmen und Ausgaben die Ungewißheit innewohnt, ob die der Schätzung zugrunde liegenden Hypothesen von denen in der Zukunft liegenden Fakten bestätigt werden.“

Dr. von Merkatz wies ferner darauf hin, daß die Berechnungen, die zur Ausschufassung der 14. Novelle führten, natürlich nur Schätzungen seien, die sich auf 18 zukünftige Jahre erstrecken und die ein Risiko bedeuten, das in diesem Falle von der Bundesregierung, wie sie deutlich zum Ausdruck brachte, bejaht wurde. Die Vorsicht in den Berechnungen des Lastenausgleichs habe keinem einzigen Emp-

fangsberechtigten geschadet. Dr. von Merkatz machte darauf aufmerksam, daß es sich keineswegs um flüssige Reserven des Lastenausgleichs gehandelt hat:

„Die Reserven werden erst bis zum Ende der Laufzeit des Lastenausgleichs, also in 12 bis 18 Jahren zur Verfügung stehen. Heute wird aus dem Fonds noch mehr Geld ausgegeben als ihm aus seinen regulären Einnahmen zufließt. Für diesen Fonds wurden, bis jetzt aus den Sonderabgaben ungefähr 22,5 Milliarden DM, aus den gesetzlichen Beiträgen von Bund und Ländern, die ja die Sozialleistungen mitfinanzieren, 8,3 Milliarden DM eingenommen, aus Kapitalmarktmitteln und freiwilligen Ablösungen aber 4 Milliarden DM hinzugefügt. Die bisherigen Ausschüttungen aus dem Fonds waren also nur mit Hilfe von über 4 Milliarden DM Fremdmitteln möglich. Bei diesem Fonds hat man demnach über die Verhältnisse leben müssen, um die Ausschüttungen vornehmen zu können. Ich möchte sehr deutlich klarstellen: von einer Horung ist also keine Spur festzustellen.“

Nach alledem scheint es, als ob der FDP-Abgeordnete und andere Kritiker der Opposition im Zeichen des beginnenden Wahlkampfes einem taktischen „Irrtum“ erlegen seien.

## Schlesiersiedlung Bottrop

Wie aus einer dörflichen Gemeinde eine Bergarbeitergroßstadt wurde und wie sehr aus Oberschlesien stammende Bergleute daran beteiligt waren, darauf weist die Zeitschrift „Schlesien“, Organ des Kulturwerks Schlesien, in einem Beitrag von Paul Ronge hin.

Seit 1871 ist eine Ost-Westwanderung festzustellen und zwar vorwiegend aus den Kreisen Ratibor und Rybnik. Etwa 24 000 Oberschlesier fanden bis zum ersten Weltkrieg in Bottrop ihre zweite Heimat. Bereits 1905 konnte Bottrop als Oberschlesiersiedlung bezeichnet werden. Die Zechen Prosper I und II beschäftigten mehr als ein Drittel aller im Ruhrgebiet tätigen Oberschlesier. Das Adreßbuch von 1937 zeigte 21 641 deutsche und 10 839 slavisch-oberschlesische Namen. In vielen Fällen handelt es sich auch um slavisierte ehemals deutsche Namen im Zuge der Besiedlung Oberschlesiens im 12. und 13. Jahrhundert.

Herausgeber: Bundesgeschäftsstelle der CDU Deutschlands, verantwortlich für die Redaktion: Dr. Heinz Pettenberg, Bonn, Nassestraße 2, Telefon 5 29 31 — Verlag: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon 2 31 40 — Bezugspreis: monatlich 1,— DM — Banken: Presse- und Informationsdienst der CDU Deutschlands Verlagsgesellschaft mbH, Bonn, Argelanderstraße 173, Postscheck-Konto Köln 1937 95, Commerzbank-Bankverein, Bonn Nr. 12 493. — Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei.

# Radikales aus Offenbach

## Bundeswehr-Ausstellung von SPD-Magistrat behindert

Die SPD bemüht sich im Hinblick auf die bevorstehenden Bundestagswahlen, ungeachtet früherer Angriffe, Freunde und Wähler in den Reihen der Bundeswehr zu gewinnen. Freilich kann sie nicht verhindern, daß unbotmäßige Genossen aus den eigenen Reihen die ganzen taktischen Erklärungen über den Haufen werfen.

In Offenbach/Main wurde dieser Tage eine Ausstellung der Bundeswehr unter dem Titel „Unser Heer“ gezeigt. Für das Interesse der Bevölkerung ist bezeichnend, daß allein am 27. Mai, dem zweiten Tag der Ausstellung, rund 12 000 Offenbacher Bürger die Ausstellung besuchten.

Zur Eröffnung der Ausstellung ließ sich kein der SPD angehörendes Magistratsmitglied sehen (die SPD hat im Magistrat sowie in der Stadtverordnetenversammlung die absolute Mehrheit). Auch der Oberbürgermeister bewies durch seine Abwesenheit, wie wertvoll ihm ein Kontakt zur Bundeswehr erscheint. Stattdessen machte er von seiner Funktion unmißverständlich Gebrauch: Er ließ vor der Eröffnung der Ausstellung durch Boten gegen Empfangsbestätigung der Ausstellungsleitung mitteilen, die aufgestellten Hinweisschilder hätten zu verschwinden. Die Schilder waren ordnungsgemäß nach einer Vereinbarung mit den zuständigen Polizeiorganen von der Ausstellungsleitung angebracht worden. Die Stadtverwaltung drohte im Schreiben des Oberbürgermeisters mit ihrer „Mithilfe“ beim Abbau der Plakate — selbstverständlich auf Kosten der Bundeswehr. Als Bundestagsabgeordneter Dr. Kanka, Kreisvorsitzender der CDU in Offenbach, den Oberbürgermeister zur Zurücknahme sei-

ner Anordnung aufforderte, glaubte dieser, man habe genug getan, wenn man der Bundeswehr den Platz überlasse, der sonst Schaustellern an Volksfesten dient.

Die Offenbacher Stadtverwaltung hatte schon vor einiger Zeit unrühmliches Aufsehen erregt, als Ende 1960 bekannt wurde, daß in den Jahren 1956, 1959 und 1960 vom Steueramt ohne Wissen der Wehrrfassungsstelle Duplikate der Adressen Wehrpflichtiger an den Verband der Kriegsdienstverweigerer herausgegeben worden waren. Die Kriegsdienstverweigerer füllten die freundlicherweise von der städtischen Adressiermaschine beschrifteten Umschläge mit Broschüren, gegen die Bundeswehr.

Die Kriegsdienstverweigerer machten auch anlässlich der Ausstellung wieder von sich reden; sie verteilten Flugblätter vor den Ausstellungswagen der Bundeswehr. Hatte auch ein großer Teil der Offenbacher Bürger kein Verständnis für die Haltung des SPD-Magistrats, so spendete die SED-Zeitung „Neues Deutschland“ am 30. Mai der Offenbacher SPD ein besonderes Lob: Unter der Überschrift „Abfuhr für Strauß-Werber“ berichtete sie von der „demonstrativen“ Haltung der Stadtverwaltung und ihres Oberbürgermeisters.

## Wenn sie die Mehrheit haben

### SPD-Dinslaken gegen konfessionelle Jugendverbände

Im Kreistag von Dinslaken hat die SPD wieder einmal bewiesen, wie wenig ihr, trotz aller Deklamationen im Godesberger Programm, an einer Zusammenarbeit mit den Kirchen gelegen ist.

In der Sitzung des Kreistages Dinslaken — eines der wenigen Landkreise mit SPD-Mehrheit — lehnte es die SPD ab, die konfessionellen Verbände im Jugendwohlfahrtsausschuß des Kreises zu einer angemessenen Mitarbeit heranzuziehen. Nach dem Willen der SPD sollen weder Caritas noch katholische Jugendverbände als ordentliche Mitglieder im Ausschuß vertreten sein, sondern nur als Stellvertreter für die Innere Mission und die evangelische Jugend fun-

gieren. Als „Ausgleich“ billigte die SPD im Dinslakener Kreistag dem DGB im gleichen Ausschuß gleich zwei Sitze zu. Als Vertreter des DGB soll der Kreissekretär der Gewerkschaft — ein früherer Kommunist, der sich als Landtagskandidat von der KPD aufstellen ließ — und der Kreissekretär der Gewerkschaftsjugend im Jugendausschuß Sitz und Stimme haben.

Die SPD in Dinslaken nutzt ihre Mehrheit jedoch nicht nur in kommunalpolitischen Angelegenheiten rücksichtslos aus, sie verwendet ihre Machtstellung im Rathaus auch dazu, für den Spitzenkandidaten der SPD, Willy Brandt, Reklame zu treiben, auf Kosten des Steuerzahlers versteht sich. Die SPD-Mehrheit hat nämlich beschlossen, Willy Brandt auf seiner Propagandareise in Dinslaken einen großen offiziellen Empfang zu gewähren. Als Bundespräsident Lübke, nach seiner Wahl zu diesem hohen Amt sich von seinem Wahlkreis Dinslaken, den er sechs Jahre im Bundestag erfolgreich vertreten hat verabschieden wollte, lehnte die SPD-Mehrheit dies ab.

### Flucht in die Freiheit

In der Woche vom 27. Mai bis 2. Juni sind 4389 Menschen aus der Sowjetzone (in der Vorwoche 4169) in die Bundesrepublik geflohen. Davon waren 672 (726) Alleinstehende bis zu 24 Jahren.

## Mitgehört - mitgelesen

Zu den Klagen der SPD über den „schlechten politischen Stil“ schreibt der „Rheinischer Merkur“ vom 2. Juni 1961 u. a.:

„Adenauer hat nie behauptet, daß die SPD etwa den ‚Untergang Deutschlands‘ wolle. Aber er hat im Wahlkampf des Jahres 1957 geäußert, daß die Illusionspolitik dieser Partei zu einem solchen Ergebnis führen werde, und diese These hat er kürzlich vor der Jungen Union in Nürnberg wiederholt. Er fügte hinzu, das sogenannte Regierungsprogramm der SPD gemahne an ‚Goebbels-Propaganda‘; offenbar deswegen, weil es nach der Methode ‚Für jeden etwas‘ — ausgenommen die ‚Großwirtschaft‘ — gearbeitet ist. Gewiß, man kann darüber streiten (Streit ist nun einmal Lebenselement der demokratischen Methode politischer Willensbildung), ob Adenauer mit seinen Formulierungen genau das Richtige getroffen hat, worüber wir uns hier aber gar nicht äußern wollen. Indes steht es doch, so sollte man meinen, auf jeden Fall fest, daß es das gute Recht eines Politikers, zumal in Wahlkampfzeiten, ist, sich scharf, prägnant und ohne Umschweife äußern, noch dazu ohne Nennung von Namen und persönliche Beschuldigungen.“

Bei der SPD ist man offenbar ganz anderer Ansicht. Denn der Sprecher des SPD-Vorstandes, ein Funktionär aus dem Wehner-Kreis, benutzte die Gelegenheit, der Öffentlichkeit zu erklären, Adenauer sei für die SPD ‚ein Mann ohne Ehre‘. Nach einigen Tagen nahm er das Wort verklausuliert zurück — aber kein Widerruf kann aus der Welt schaffen, daß es nun einmal gesagt worden ist. Außerdem meldete sich danach, wie zu erwarten, der bei solchen Anlässen unvermeidliche Helmut Schmidt. M. d. B., aus Hamburg, und ließ verlauten, jener „Sprecher“ sei ‚vielleicht ein wenig‘ zu scharf gewesen, er, Schmidt, bleibe aber bei der Behauptung, der Bundeskanzler sei ein Mann ohne Anstand.

Zu den Lieblingsworten des sogenannten Kanzlerkandidaten Willy Brandt gehört der ‚politische Stil‘. Man hat zwar noch nicht vernommen, was darunter im einzelnen zu verstehen sei; aber so viel weiß man, daß im Sprachgebrauch der SPD alles ‚schlechter politischer Stil‘ was ihr nicht paßt, die Gegenseite aber trotzdem tut; während man als guter politischer Stil anzusehen hat, was die SPD zu sagen und zu unternehmen für richtig befindet. Für die politische Wissenschaft genügt diese Definition gewiß nicht, aber für die Wahlkampfpraxis reicht sie vollauf hin. Es ist also Stil der SPD und daher ‚guter‘ politischer Stil, den Regierungschef als ehrlos und unanständig zu beschimpfen. Das wird man sich merken müssen.

Ferner ist es guter politischer Stil, wenn die Wahlkampfpertin der SPD jetzt darangehen, Berlin als Wahlschlager zu benutzen. Etwa, indem sie (wie eben geschehen) Willy Brandt auf eine sogenannte Good-will-Reise für Berlin schicken, bei der aber, ohne daß man das eigens zu organisieren braucht, ganz von selbst Berlin für die SPD und der Regierende Bürgermeister für den Kanzlerkandidaten wirbt.

Den SPD-„Sprecher“, die den Bundeskanzler ehrlos und unanständig nennen, müßte man ins Stammbuch schreiben, daß Stil nicht von Stilet kommt.“